

Resolution des Deutschen Pflegerates e.V. (DPR)

Patientensicherheit in Gefahr –

DPR bezieht Stellung zur "IPK Ausbildung"

Auf grundsätzliche und einstimmige Ablehnung des Deutschen Pflegerates stößt das vom Klinikverbund Südwest derzeit beworbene "Modell einer Ausbildung zur Intensivpflegekraft" (IPK).

Der Versorgungsauftrag und der Schutz des Patienten stehen an oberster Stelle und sind durch ein solches "Modell" gefährdet.

Die Komplexität ganzheitlicher Versorgungsanforderungen im Intensivpflegebereich wird konterkariert und ad absurdum geführt, wenn im Rahmen einer dreijährigen "Ausbildung" der Versuch gestartet wird, diesen Anforderungen zu entsprechen, die ansonsten in bewährten aufeinander aufbauenden Abfolgen von Bildungselementen in Kombination von Aus- und Weiterbildung abgebildet werden.

Gerade im Intensivpflegebereich sind die Anforderungen an das Pflegepersonal in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Multimorbidität der immer älter werdenden Patienten, hochtechnisierte technische Maßnahmen und gestiegene psychische Belastung des Pflegepersonals seien hier nur als einige der zahlreichen Gründe genannt.

Die IPK-Ausbildung führt in keinerlei berufliche Perspektive der Absolventen, da es nicht in einen staatlich anerkannten Abschluss mündet. Zu erhöhter Mobilität der Arbeitnehmer dürfte es daher ebenfalls nicht dienlich sein.

Diese tränergesteuerte "Ausbildung" als Schnellschussreaktion führt nicht zu einer Verringerung des belegten und bestehenden Fachkräftemangels. Im Gegenteil - hochqualifizierte und entsprechend aus- und weitergebildete Fachkräfte wirken sich mittel- und langfristig positiv auf die Gesundheitsökonomie aus. Der DPR sieht hier eine Auswirkung des jahrelang betriebenen Abbaus von Personal- und Bildungskapazitäten.

Höchst kritisch werden auch die zahlreichen ungeklärten rechtlichen Aspekte, die auf die Absolventen zukommen, eingeschätzt. Hier sind u.a. die Bereiche Haftungsrecht, Versicherungsrecht und Arbeitsrecht zu nennen.

Auch Fragen der Finanzierung einer solchen "Ausbildung" müssen unter dem Aspekt von Zweckentfremdung vorhandener Budgets zur Finanzierung staatlich anerkannter Pflegeaus- und Weiterbildung betrachtet werden.

Bildungspolitisch betrachtet läuft dieses "Ausbildungsmodell" konträr jeglicher deutscher und europäischer Bildungskonzepte. Die im DPR konsentierten Beschlüsse zur zukünftigen Bildungsstruktur liegen vor und wurden im Januar 2011 in Form des Eckpunktepapiers veröffentlicht.

Derartige Probleme mit einem Wildwuchs verschiedenster bunt und willkürlich zusammengewürfelter Bildungsbausteine als Reaktion auf einen Fachkräftemangel würden nicht existieren, wenn die vom DPR seit langem geforderte Selbstverwaltung in Form von Pflegekammern und gesetzlich verankerten Berufsordnungen umgesetzt wären.

Berlin, im März 2012



Andreas Westerfellhaus
Präsident des Deutschen Pflgerates

Deutscher Pflgerat e.V. – DPR
Salzufer 6
10587 Berlin
Tel.: + 49 30 / 21 91 57 57
Fax: + 49 30 / 21 91 57 77
E-Mail: info@deutscher-pflgerat.de
<http://www.deutscher-pflgerat.de>